



UNSER ARCHIV

Archiv 2011

Antrag zur Beratung im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 17.11.2011 Information der BürgerInnen über Wildblumensaatgut bzw. Erwerbsmöglichkeit

Sehr geehrter Herr Klüh,
hiermit bitten wir Sie um Aufnahme des Antrages als Tagesordnungspunkt für die Sitzung des ADSU am 17.11.2011.

Antrag

Der Rat der Stadt Schwerte möge beschließen, dass die Stadt Schwerte die BürgerInnen auf der Internetpräsentation der Stadt und in der Presse über die genaue Bezeichnung des ausgesäten Wildblumensaatguts informiert. Alternativ soll die Stadt Schwerte den käuflichen Erwerb des Saatguts über den Baubetriebshof oder ähnliche Stellen ermöglichen.

Begründung

Auf Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wurden auf ausgewählten Stellen im Schwerter Stadtgebiet Wildblumenwiesen als Straßenbegleitgrün angelegt.

Dies hat zu deutlichen ökologischen und gestalterischen Aufwertungen in diesen Bereichen geführt, wobei hier vor allem eine langfristige Umsetzung und langjährige Umsetzung von Bedeutung ist und in Zukunft eine verbesserte Absprache mit den pflegenden Stellen des Straßengrüns notwendig ist. Mitglieder der Fraktion der GRÜNEN wurden seitdem mehrfach aus der Bevölkerung lobend auf diesen Antrag angesprochen, einstimmig wurden diese Maßnahmen von Schwerter BürgerInnen positiv angesehen und vor allem die gestalterisch-ästhetische Aufwertung des Straßenraums gelobt. Dabei wurde vielfach der Wunsch geäußert, auch auf eigenen privaten Grundstücken diese Wildblumenwiesen anzulegen.

Daher soll die Stadt Schwerte ihre Bürgerfreundlichkeit betonen, indem die genaue Bezeichnung des Wildblumensaatguts auf der Internetpräsentation und in der Presse bekannt gegeben wird. Außerdem soll die Stadt alternativ oder gerne ergänzend, den käuflichen Erwerb des Saatguts für Privatpersonen an geeigneten Stellen wie dem Baubetriebshof o.ä. anbieten.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Antrag zur Beratung im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 17.11.2011 Aufstellung von Laubkörben im öffentlichen Straßenraum

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
hiermit bitten wir Sie um Aufnahme des Antrages als Tagesordnungspunkt für die Sitzung des ADSU am
17.11.2011.

Antrag

Der Rat der Stadt Schwerte möge beschließen, dass die Stadt Schwerte den BürgerInnen in der herbstlichen Jahreszeit die gesetzlich vorgeschriebene Reinigungspflicht der Geh- und Radwege erleichtern und Laubkörbe im öffentlichen Raum zur Sammlung des Herbstlaubs aufstellen soll.

Begründung

Die Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Schwerte vom 28.09.2006 einschließlich des V. Nachtrags 06.12.2010 schreibt unter anderem Straßenreinigungspflicht, also „ die Entfernung aller Verunreinigungen von der Straße, die die Hygiene oder das Stadtbild nicht unerheblich beeinträchtigen oder eine Gefährdung des Verkehrs darstellen können“ vor. Die Reinigung der Gehwege und der im anliegenden Straßenverzeichnis besonders kenntlich gemachten Fahrbahnen wird in §2 den Eigentümern der an sie angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke auferlegt. Ausgenommen sind die Gehwege, auf denen eine öffentliche Handreinigung durchgeführt wird.

Um den BürgerInnen der Stadt Schwerte vor diesem Hintergrund die Reinigung der Fuß- und Radwege von Herbstlaub zu erleichtern, eignet sich die Aufstellung von Laubkörben im öffentlichen Straßenraum im Besonderen. Nur so kann eine regelmäßige Reinigung der Wege und somit ein weiterer Beitrag zur Barrierefreiheit durch Entfernung des rutschigen Laubs sichergestellt werden. In diesen Laubkörben sollte nur das Laub der öffentlichen Straßenbäume entsorgt werden dürfen, die Entsorgung privaten Grünabfalls ist zu verbieten und weiterhin über die grüne Tonne zu erledigen. Dies führt somit neben einem weiteren Fortschritt zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums auch zu einer erheblichen Zeit- und somit Kostenersparnis für die Mitarbeiter des Baubetriebshofs bei der Straßenreinigung.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

PRESSEMITTEILUNG

Fracking in Schwerte –Stellungnahme vom Konzern Wintershall liegt Grünen jetzt vor

Als unzumutbare Umweltbelastung und Gefährdung des Grundwassers lehnen die Schwerter Grünen grundsätzlich Fracking-Aktivitäten aller Art ab.

Bei den Bohrungen im Gestein werden Millionen Liter Wasser mit zum Teil Tonnen hochgiftigen Chemikalien unter enormen Druck zum Einsatz kommen. „Im Wasserschutzgebiet von Schwerte eine undenkbar Vorstellung“, so Monika Demant, Fraktionsvorsitzende von Bündnis '90/Die Grünen.

Die Firma Wintershall hatte sich die Rechte für die Probebohrungen im gesamten Ruhrtal gesichert. Daher haben die Grünen, wie bereits berichtet, die Firma Wintershall zu einer Stellungnahme aufgefordert, welche der Fraktion jetzt vorliegt.

Zentrale Botschaft für die Grünen: Wintershall schließt in der Stellungnahme grundsätzlich alle Fracking-Aktivitäten in Trinkwasserschutzgebieten aus! Trotzdem hat der Konzern von der zuständigen Bergbaubehörde in Nordrhein-Westfalen die Bewilligungen zur geologischen Vorerkundungen in zwei Erlaubnisfeldern erhalten. In dem Anschreiben äußert sich Wintershall nicht, ob ein solches Erlaubnisfeld auch im Schwerter Ruhrtal liegt. Die Rechte zur Vorerkundung beschränken sich auf oberflächennahe Erkundungen zur Bewertung möglicher Gasmengen und schließen Tiefbohrungen und Fracking-Operationen aus. „Wir müssen natürlich davon ausgehen, dass Wintershall sich die Recht zur geologischen Vorerkundung

nicht ohne Hintergedanken gesichert hat. Dennoch liegt uns die Aussage des Konzerns vor, grundsätzlich nicht in Trinkwasserschutzgebieten wie in Schwerte zu fracken. Darauf werden wir Wintershall im Notfall festnageln“ zeigt sich Fraktionsvorsitzende Monika Demant zuversichtlich und verspricht, den Prozess weiterhin kritisch zu begleiten.

Klausurtagung der Grünen zum Haushalt 2012/2013: Kreativität ist gefragt

In Haus Villigst diskutierten grüne Ratsmitglieder, sachkundige BürgerInnen und GeschäftsführerInnen über den vom Kämmerer vorgelegten Haushaltsentwurf.

„Im Grunde sollte die Diskussion um den kommunalen Haushalt die Sternstunde des Stadtrates sein. Leider gibt es kaum finanzielle Spielräume, im Gegenteil, die Belastungen nehmen weiter zu“, so Monika Demant, Fraktionssprecherin von Bd.90/ Die Grünen vor dem Hintergrund von 20 Mill (in 2012) bzw. 18 Mill. (in 2013) Euro. Sie sieht wenig Hoffnung, dass der geplante Stärkungspakt für Kommunen allein die Rettung bringt. Erschwerend kommt die Ankündigung der WL-Bank hinzu, die auslaufenden Kreditverträge der Stadt nicht zu verlängern.

Gefragt sei auch der Kreis Unna, der durch eine wesentliche Senkung der Kreisumlage beitragen könne. Dieser solle sich nach Meinung der Grünen wieder gemeinsam mit seinen Kommunen als kommunale Familie verstehen und Impulse setzen. Gefragt sei hier eine vermehrte interkommunale Zusammenarbeit, z.B. der Baubetriebshöfe, im Bereich Winterdienst und im Personalbereich.

„Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sollten die wenigen Einsparmöglichkeiten vor Ort konsequent genutzt werden. Dies ist nur möglich, wenn Politiker und Stadtverwaltung, Vereine, Verbände wie auch BürgerInnen und Bürger an einem Strang ziehen“ ergänzt Ratsmitglied Bruno Heinz-Fischer. Auch Konflikt beladene Themen wie Nutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen dürfen nicht umgangen werden. Eine Priorisierung im Bereich des Straßenbaus ist erforderlich. Ebenso erneuern die Grünen ihre Forderung nach einer stärkeren Bewusstseinsbildung im Bereich der Energieversorgung.

Eine große finanzielle Belastung stellen die steigenden Kosten der Jugendhilfe dar. Hier muss weiterhin konsequent das Ziel „ ambulant vor stationär“ verfolgt werden. „Ohne vermehrte Prävention, die nicht als Pflichtleistung gilt, wird hier keine Kostensenkung möglich sein“, so noch einmal Demant.

EINLADUNG - Der Untergang der Tyrannen - der Aufstieg der Demokratie?

Diskussionsveranstaltung mit Kerstin Müller, außenpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion im ZIB/Lindenbrauerei.

Donnerstag, 13. Oktober 2011, um 19:00 h Diskussionsveranstaltung mit Kerstin Müller, außenpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion im ZIB/Lindenbrauerei. Lindenplatz 1, 59423 Unna

Die Umbrüche in der arabischen Welt, von der friedlichen Jasmin-Revolution bis zur Nato-Intervention in Libyen, sorgen täglich für eine Vielzahl von Informationen, Analysen, Spekulationen und Hoffnungen. Die Erfolge des Aufbegehrens der Menschen in Nordafrika und im Nahen Osten stellen die Länder selbst vor große Herausforderungen und zwingen auch den sogenannten Westen, das bisherige Verhältnis zu den arabischen Staaten zu überdenken.

Weder die Europäische Union noch Deutschland haben sich in den letzten Monaten konsistent oder gar verlässlich verhalten. Das Meandern der deutschen Außenpolitik schadet unserem Ruf und grenzt gerade in Bezug auf Libyen an Dilettantismus. GRÜNE erwarten jetzt von der Bundesregierung, dass die Glaubwürdigkeit nach innen wie nach außen wiederhergestellt wird und der Staatsaufbau konsequent unterstützt wird, und zwar jenseits von wirtschaftlichen Interessen.

Die Revolution gehört den Völkern in den arabischen Staaten. Freiheit und Mitbestimmung weiter gedeihen zu lassen steht aber auch in der Verantwortung westlicher Staaten. Wie kann das reibungslos und ohne paternalistische Attitüde gelingen? Inwiefern eignet sich die westliche Vorstellung von Demokratie überhaupt für islamisch geprägte Länder?

Wir freuen uns auf lebhafte Diskussionen mit Euch und mit Kerstin Müller.

Moderation: Friedrich Ostendorff

Veranstaltungs-Ort: ZIB/Lindenbrauerei Lindenplatz 1 59423 Unna

Bilanzierung von privaten Baumfällungen nach Baumschutzsatzung

Fraktionsanfrage für den Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 15.09.2011

Sehr geehrter Herr Böckelühr,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Frage in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt:

- Wie viele Bäume sind bisher im laufenden Kalenderjahr 2011 auf privaten Grundstücken durch Genehmigungen nach Baumschutzsatzung gefällt worden?
- Wie groß ist der Anteil von Ablehnungen von Fällanträgen?
- Wie werden die Ersatzpflanzungen bei privaten Baumfällungen überprüft und bilanziert?
- Wie lautet die Bilanz der Ersatzpflanzungen?

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer

Fraktionsgeschäftsführer

Antrag zur Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 22.09.2011 sowie im Rat der Stadt Schwerte am 28.09.2011

Nutzung der Trauerhalle bei durch das Ordnungsamt angeordneten Bestattungen

Sehr geehrter Herr Böckelühr,

hiermit bitten wir Sie um Aufnahme des Antrages als Tagesordnungspunkt für die Sitzung des AWF am 22.09.2011 sowie im Rat der Stadt Schwerte am 28.09.2011.

Antrag

Der Rat der Stadt Schwerte möge beschließen, dass die Trauerhallen der Stadt Schwerte im Falle einer durch das Ordnungsamt angeordneten Bestattung bei Bedarf kostenfrei zur Verfügung steht.

Dieser Beschluss ist in der entsprechenden Haushaltssatzung zu verankern.

Eine entsprechende Information soll den Krankenhäusern, Altenpflegeheimen, dem Hospiz und den Bestattern in Schwerte zugeleitet werden.

Begründung

Menschen in Schwerte leben in unterschiedlichen Situationen und Verhältnissen. Nicht jeder ist in der Lage, für den Fall seines Todes ausreichende Vorkehrungen zu treffen. Hier geht es nicht nur um finanzielle Absicherung, sondern auch um fehlende Informationen, z.B. bezüglich einer Vorsorgevollmacht.

Wenn weder Angehörige, Versicherungen, noch das Sozialamt zuständig sind, bleibt letztendlich nur die Möglichkeit einer vom Ordnungsamt angeordneten Bestattung. Hier werden allein die für die Beerdigung notwendigen Kosten von der Stadt übernommen, hierzu zählt nicht die Nutzung der Trauerhalle. So ist es nicht gegeben, dass Nachbarn, Bekannte und Freunde in würdiger Form von Verstorbenen Abschied nehmen können.

Insgesamt ist von maximal 20 Beerdigungen auszugehen, um die sich das Ordnungsamt zu kümmern hat. Nicht in jedem Fall wird eine Nutzung der Trauerhalle gewünscht.

Um auch in den oben beschriebenen Fällen eine menschenwürdige Bestattung zu ermöglichen, sollte die Stadt Schwerte in diesen seltenen Fällen die Kosten für die Nutzung der Trauerhalle übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Für die Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 22.09.2011
Zusammenfassung Energie und Klima im Haushalt**

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des AWF zu setzen, zu beraten und zu beschließen:

Antrag

Im Haushalt der Stadt Schwerte werden in Zukunft alle Positionen, welche die Themenbereiche Energie und Klimaschutz betreffen, ergänzend zusammengefasst und dargestellt.

Begründung

Die Stadt Schwerte möchte Vorreiter beim Thema Klimaschutz werden und den BürgerInnen hierbei ganz besonders als Vorbild dienen. Die Teilnahme an Innovation City, der Beschluss zur Aufstellung eines neuen Klimaschutzkonzeptes und die Energie- und Klimarunde waren erste wichtige Schritte auf dem Weg dahin. Gleichzeitig ist es auch von elementarer Bedeutung, selber den Überblick über Einnahmen und Ausgaben im Bereich von Energie und Klimaschutz zu haben, um Erfolge von Maßnahmen in diesem Bereich auch fiskalisch sichtbar zu machen oder nötige Maßnahmen anhand beispielsweise zu hoher Ausgaben zu erkennen. Dabei befinden sich viele die Ausgaben der Stadt Schwerte aus diesem Themenkomplex ebenso wie die Einnahmen in unterschiedlichen Haushaltsposten „verstreut“ und können nicht zusammenfassend betrachtet werden. Um die Stadt Schwerte für die Zukunft nachhaltig aufzustellen und große Erfolge im Bereich Klima und Umweltschutz zu erzielen, ist dieses dringend nötig und in Zeiten von computergestützten Haushaltsaufstellungen technisch einfach umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

**Antrag zur Beratung im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 15.09.2011
Geschwindigkeitsminderung Schützenstraße und Gut Ruhrfeld**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böckelühr,
hiermit bitten wir Sie um Aufnahme des Antrages als Tagesordnungspunkt für die Sitzung des ADSU am
15.09.2011.

Antrag

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit der Straßen Schützenhof (im südlichen Verlauf vom Kreisverkehr
Richtung ehemaliges FAB bzw. Ruhr) und Gut Ruhrfeld wird von aktuell 50 km/h auf 30km/h herabgesetzt.

Begründung

In jüngster Vergangenheit wurde die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mehrfach von BürgerInnen auf
Gefahrensituationen innerhalb der Straßenräume Schützenstraße und Gut Ruhrfeld hingewiesen. Diese
Straßen bilden einen wichtigen Zugangspunkt zum Naherholungsgebiet der Ruhr und werden vielfach von
Freizeitsportlern genutzt. Fußgänger und Radfahrer begegnen auf diesem Weg aber vielfach dem Pkw-
Verkehr, welcher diese Straßen mit dem Ziel Gut Ruhrfeld befährt. Die zugelassene Höchstgeschwindigkeit
von aktuell 50km/h führt dabei häufig zu gefährlichen Begegnungssituationen vor allem zwischen dem Pkw-
Verkehr und in ihrer Mobilität beeinträchtigten Menschen wie Kindern, Rollstuhlfahrern und alten Menschen.
Aus den oben genannten Gründen ist die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30km/h zu reduzieren, sodass
dieser Begegnungsverkehr sicherer und mit größerer Rücksicht auf Fußgänger und Radfahrer geschehen
kann.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Für die Beratung im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 15.09.2011

EU-Mittel für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nutzen

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten
Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt zu setzen, zu beraten und zu
beschließen:

Antrag:

Der Rat der Stadt Schwerte stellt fest:

Städte, Kommunen und Kreise sind entscheidende Akteure zur Steigerung der Energieeffizienz und somit der
Senkung von CO2-Emissionen. Denn diese können mittels Bebauungsplänen und Vorgaben für die Verkehrs-
sowie Versorgungsinfrastruktur die Rahmenbedingungen für energieeffiziente Städte setzen.

Die Europäische Union hat als Folge der weltweiten Wirtschaftskrise am 13. Juli 2009 unter anderem ein
Konjunkturbelebungsprogramm für den Bereich Energie (European Energy Programme for Recovery –
EEPR) aufgelegt. Daraus geht der European Energy Efficiency Fund (EEEF) hervor, der beabsichtigt, eine
marktbasierte Finanzierung für öffentliche, wirtschaftlich tragfähige Energieeffizienz- und erneuerbare
Energieprojekte in der EU zur Verfügung zu stellen. Der EEEF trägt damit dazu bei, die EU-Ziele bezüglich
Treibhausgasemissionen, Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen zu erreichen.

Folgende Maßnahmen sollen unterstützt werden:

1. Projekte für öffentliche Gebäude, bei denen Lösungen auf der Grundlage regenerativer Energien und/oder der Energieeffizienz zum Einsatz kommen.
 2. Investitionen für hoch-energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplungssysteme (KWK) und Fernwärme- und Fernkühlungsnetze (insbesondere wenn mit regenerativen Energiequellen betrieben).
 3. Dezentrale regenerative Energiequellen im lokalen Kontext und ihre Integration in die Stromnetze.
 4. Stromerzeugung im kleinsten Maßstab aus erneuerbaren Energien.
 5. Saubere städtische Verkehrsmittel zur Steigerung der Energieeffizienz und Einbeziehung regenerativer Energien, mit einem Schwerpunkt bei öffentlichen Verkehrsmitteln, Elektro- bzw. Wasserstofffahrzeugen und bei der Verringerung von Treibhausgasemissionen.
 6. Lokale Infrastrukturen, einschließlich effizienter Außenbeleuchtung öffentlicher Infrastrukturen wie Straßenbeleuchtung, Stromspeicherungslösungen und intelligenter Netze, bei denen in vollem Umfang die Möglichkeiten der IKT genutzt werden.
- g) weitere Mittel stehen für die technische Unterstützung von lokalen, regionalen oder nationalen Behörden bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien zur Verfügung.

Die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie die Berücksichtigung von Energieeffizienz und dem Einsatz Erneuerbarer Energien in der Infrastruktur sind wichtig, wenn die nationalen und internationalen Klimaschutzziele erreicht werden sollen. In Schwerte besteht in allen drei Bereichen noch Ausbaupotenzial, welches durch konkrete Projekte erschlossen werden könnte.

Einen wichtigen Beitrag zur Energieeffizienz leistet die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die Strom- und Wärmeproduktion verbindet. Kleine KWK-Anlagen können einen Wirkungsgrad von bis zu 90% erreichen und können somit besonders effizient Strom und Wärme produzieren.

Auch die energetische Gebäudesanierung, durch die der Energiebedarf eines Gebäudes stark gesenkt werden kann, besitzt in Schwerte noch ein großes Potenzial. Durch die energetische Sanierung von Gebäuden kann die effiziente Nutzung der eingesetzten Energie gesteigert und unnötige CO₂-Emissionen vermieden werden. Eine Umstellung der Wärme- und Kühlungstechnik von Gebäuden auf erneuerbare Energien und intelligente Regeltechnik kann ebenfalls dazu beitragen, den Energieverbrauch und CO₂-Emissionen erheblich zu reduzieren. Aktuell ist die Sanierungsrate jedoch viel zu gering, so dass es bei konstanter Umsetzung über 100 Jahre dauern würde den gesamten Wohnungsbestand zu sanieren. Es ist daher entscheidend, dass sich die Sanierungsrate in Schwerte in den nächsten Jahren deutlich erhöht.

Ein weiterer wichtiger Faktor zur Erreichung der Klimaschutzziele ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier brauchen wir im Strombereich vor allem dezentrale Speicherlösungen, die eine flexible und bedarfsabhängige Einspeisung des Stroms z. B. aus Photovoltaikanlagen ermöglicht. Vor allem aber gibt es für den Ausbau der Erneuerbare Energie im Wärmebereich im Hinblick auf Solarenergie, Biomasse und Geothermie noch ein erhebliches Ausbaupotential, dass es zu erschließen gilt.

Der Rat fordert den Bürgermeister auf:

1. Zu prüfen, ob und welche Projekte in Schwerte für eine Beantragung der Mittel aus dem EEEF in Frage kommen.
2. Dies dem Rat kurzfristig zur Beschlussfassung vorzulegen und beim EEEF eine Förderung zu beantragen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

PRESSEMITTEILUNG

Mittel der EU in Schwerte für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nutzen – Bündnis 90/Die Grünen stellen Antrag im Rat

Zur neuen Möglichkeit der Finanzierung von öffentlichen Energieeffizienz- und erneuerbare Energieprojekte durch den European Energy Efficiency Fund (EEEF) erklärt Monika Demant, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen:

Heute hat die Grüne Fraktion in Schwerte einen Antrag in den Rat eingebracht, sich mit konkreten Projekten in unserer Region im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz für den EEEF zu bewerben.

„Angesichts der massiven Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung in den letzten Jahren in den Bereichen der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz wie etwa beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und des Marktanreizprogramms (MAP) bietet das neue Finanzierungsinstrument der EU, der EEEF, eine neue Möglichkeit kommunale Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu finanzieren. Diese Chance muss Schwerte angesichts unserer kommunalen Haushaltssituation nutzen. Maßnahmen in diesen Bereichen tragen nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern sie sind zudem ein sehr erfolgreiches Konjunkturprogramm für die kleinen und mittleren Unternehmen oder Handwerksbetriebe der regionalen Wirtschaft in Deutschland. Auch in Schwerte sichert und schafft der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz viele Arbeitsplätze. Bundesweit sind es allein in der Erneuerbaren-Branche inzwischen fast 400.000. Wenn wir hier vor Ort konkrete Projekte anpacken und umsetzen, bleibt die Wertschöpfung in unserer Region“ so Monika Demant.

Als mögliche Projekte schlagen Bündnis 90/Die Grünen energetische Sanierungen öffentlicher Gebäude inklusive der Nutzung erneuerbarer Energien, Investitionen in hoch effiziente Kraft-Wärme-Kopplungssystem in der Innenstadt oder aber die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf stromsparendes LED –Licht vor.

Demant betont dabei: „Wir sollten in der Region die Chance nutzen, Mittel der EU hierher zu holen und deshalb schnell konkrete Projekte vorzuschlagen“.

Hintergrundinfo:

Als Folge der Weltwirtschaftskrise hatte die Europäische Union mit der Verordnung (EG) Nr. 663/2009 vom 13. Juli 2009 ein Programm zur Konjunkturbelebung für Europa initiiert. Ein Bericht der EU-Kommission¹ vom 27.04.2010 konstatierte, dass voraussichtlich von der Gesamtsumme der Finanzmittel des Konjunkturpaketes European Energy Programme for Recovery (EEPR) von 3,98 Milliarden Euro nicht alle Mittel gebunden sind. Das Volumen der ungebundenen Mittel des beläuft sich, laut EU-Kommission², auf mindestens 146 Millionen Euro. Daraus wurde der European Energy Efficiency Fund (EEEF) gegründet, der dazu beitragen soll, die EU-Ziele bzgl. Treibhausgasemissionen, Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen zu erreichen.

Laut Vorschlag der Kommission³ und angenommenen Text des Europäischen Parlaments (EP)⁴ soll der EEEF folgende Maßnahmen unterstützen:

1. Projekte für öffentliche Gebäude, bei denen Lösungen auf der Grundlage regenerativer Energien und/oder der Energieeffizienz zum Einsatz kommen.
2. Investitionen für hoch-energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplungssysteme (KWK) und Fernwärme- und

Fernkühlungsnetze (insbesondere wenn mit regenerativen Energiequellen betrieben).

3. Dezentrale regenerative Energiequellen im lokalen Kontext und ihre Integration in die Stromnetze.
 4. Stromerzeugung im kleinsten Maßstab aus erneuerbaren Energien.
 5. Saubere städtische Verkehrsmittel zur Steigerung der Energieeffizienz und Einbeziehung regenerativer Energien, mit einem Schwerpunkt bei öffentlichen Verkehrsmitteln, Elektro- bzw. Wasserstofffahrzeugen und bei der Verringerung von Treibhausgasemissionen.
 6. Lokale Infrastrukturen, einschließlich effizienter Außenbeleuchtung öffentlicher Infrastrukturen wie Straßenbeleuchtung, Stromspeicherungslösungen und intelligenter Netze, bei denen in vollem Umfang die Möglichkeiten der IKT genutzt werden.
- g) weitere Mittel stehen für die technische Unterstützung von lokalen, regionalen oder nationalen Behörden bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien zur Verfügung.

PRESSEMITTEILUNG

Neuer Windenergieerlass entfesselt Kommunen – Weg frei für Planungen vor Ort

Das NRW-Umweltministerium hat am 11. Juli einen neuen Windenergieerlass veröffentlicht, der es endlich ermöglicht, den Ausbau der Windenergie vor Ort zu gestalten und durch die Erzeugung eigener Energie Wertschöpfung für Schwerte zu erzeugen.

Dazu erklärt Monika Demant, Fraktionsvorsitzende der Schwerter Grünen: „Verschwunden sind die von schwarz-gelb eingeführten, pauschalen Abstände und Höhenbegrenzungen, die den Ausbau so lange behindert haben. Stattdessen werden nun Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung, zum Bau von Windenergieanlagen im Wald und zur Nutzung von schon vorhandenen Infrastrukturtrassen zum Ausbau der Windenergie aufgenommen. Gleichzeitig werden weder die Belange des Naturschutzes vernachlässigt, noch die kommunale Planungshoheit eingeschränkt.

Wir freuen uns, dass damit auch in Schwerte der Weg frei ist für unseren Beitrag zur Energiewende vor Ort, die sowohl dem Klimaschutz als auch der regionalen Wertschöpfung dient. Jetzt ist es auch in Schwerte an der Zeit, die Rahmenbedingungen für die Windenergienutzung neu zu setzen, zum Beispiel mit zusätzlichen Vorrangflächen im Flächennutzungsplan oder der Aufhebung von Höhenbeschränkungen. Auch die vom Ministerium angebotene Beratung zum Ausbau der Windenergie für Kommunen und Investoren ist sehr erfreulich.“

PRESSEMITTEILUNG

Grüne mit Verbesserungen im Kibiz-Änderungsgesetz zufrieden

Bereits im Mai haben Bündnis 90/ Die Grünen in Schwerte eine Diskussionsveranstaltung mit Andrea Asch, kinder- und familienpolitischer Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Vertreterinnen der Kindertageseinrichtungen, des Schwerter Jugendamtes, des Kita-Trägers und der Kita-Beschäftigten und Elternvertreterinnen zur Revision des Kinderbildungsgesetzes Kibiz durchgeführt.

Nach der abschließenden Ausschussberatung des 1. Kibiz- Änderungsgesetzes im Landtag zeigen sich die Schwerter Grünen und Andrea Asch zufrieden. „ Es sind wichtige Verbesserungen des Kibiz auf den Weg gebracht worden. Wir freuen uns, dass die Anträge von Rot-Grün im Ausschuss angenommen wurden“ erklärt Monika Demant, Fraktionsvorsitzende der Schwerter Grünen. Besonders positiv stimmt die Grünen dabei, dass für jedes unter dreijähriges Kind weitere 400 Euro für Personalstunden eingesetzt werden und somit die Verbesserungen beim Personalschlüssel noch mal verstärkt werden. „Diese Verbesserungen werden auch vor Ort bei uns in Schwerte in den Kindertageseinrichtungen spürbar werden und eine Entlastung des Personals mit sich bringen“, so noch einmal Demant.

**B 90 / DIE GRÜNEN gehen für das Ende der Atomkraftwerke in Deutschland auf die Straße:
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Schwerte rufen auf sich unbedingt an der Demo am Samstag, den 28. Mai
2011 in Essen zu beteiligen!!!**

Treffen ist um 10:00 Uhr in Schwerte am Bahnhof - um dann mit dem Zug über Dortmund zusammen nach Essen zu fahren.

Am Schwerter Bahnhof warten direkt am Schalter Grüne, die sich um den Kauf von 5-er-Tickets zu kaufen.

Im Juni läuft das Moratorium für deutsche Atomkraftwerke aus. Spitzen von CDU/CSU und FDP treffen sich aber bereits an diesem Sonntag, um die zentralen Eckpunkte eines möglichen Atomausstieges zu besprechen. Die Demonstrationen am Samstag sind daher die beste Möglichkeit, noch einmal unmittelbar auf die Entscheidung der aktuellen Bundesregierung Einfluss zu nehmen.

Demonstrationsverlauf

Der Beginn der Demonstration ist in Essen ab 11.00 Uhr auf dem Kennedyplatz. Der Demonstrationzug startet von dort um 13 Uhr zum RWE-Tower.

Bei der Abschlusskundgebung um 15 Uhr sprechen folgende Rednerinnen und Redner:

Claudia Baitinger (BUND NRW)

Andreas Meyer-Lauber Vorsitzender (DGB NRW)

Eckhard Stratmann-Mertens (Attac)

Sprecher Block Brokdorf - Redebeitrag mit Probesitzen

Ricarda (Schulstreik gegen Atomkraft Dortmund)

Fabian (Initiative "Unser Hamburg - unser Netz")

KOMMT ZU DEN ANTI-ATOM-DEMOS AM 28. MAI IN BONN, ESSEN & MÜNSTER!

Die Atomkatastrophen in Tschernobyl und in Fukushima haben gezeigt: Atomkraft ist nicht beherrschbar. Die schwarz-gelbe Bundesregierung, die noch im letzten Jahr gegen alle Vernunft die Laufzeiten selbst für die ältesten Schrottmöller verlängert hat, steht vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Die große Mehrheit der Bevölkerung will den Atomausstieg – dies zeigen die vielen Mahnwachen und Demonstrationen. Die Bundeskanzlerin hat zwar verkündet, schnell aus der Atomenergie auszusteigen. Doch in welchen Zeiträumen und wie dies konkret geschehen soll, ist nicht erkennbar.

Wir GRÜNEN fordern die sofortige und endgültige Stilllegung der sieben ältesten Atomkraftwerke und des Pannereaktors Krümmel, die Verschärfung der Sicherheitsauflagen und die sofortige Rücknahme der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Energie muss künftig sicher, erneuerbar und effizient erzeugt sowie sparsam verwendet werden. Wir kämpfen für die Energiewende und wollen das Atomzeitalter in Deutschland bis spätestens 2017 beenden und alle Atomkraftwerke endgültig abschalten.

Am 28. Mai – kurz vor dem Ablauf des von der Bundesregierung ausgerufenen „Atom-Moratoriums“ – wird es bundesweit in etwa 20 Städten große Anti-Atom-Demos geben – in NRW in Bonn, Essen und Münster. Wir wollen zusammen mit vielen Verbänden und Initiativen nochmal richtig Druck machen

Mit grünen Grüßen

Monika Rosenthal

**Am 23. Mai - 18:00 h gibt es in Schwerte eine interessante Diskussionsrunde zum 1. KibiZ -
Änderungsgesetz**

Da das Thema gerade sehr aktuell ist und politisch viel diskutiert, haben wir Andrea Asch - kinder- und jugendpolitische Sprecherin der NRW Landtagsfraktion von Bündnis 90 nach Schwerte eingeladen.

Andrea Asch war schon einmal vor den Landtagswahlen zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Kibiz in Schwerte mit sehr vielen Erzieherinnen, Trägern und Eltern - das war eine sehr spannende Diskussion.

Spannend wird es auch jetzt sicherlich werden:

wie sieht das Gesetz jetzt aus, welche Änderungen gibt es, wie sehen das die Erzieher, welche Vorteile gibt es für Familien, Kinder, Träger und was muss und kann noch alles geändert werden?

[Einen Flyer gibt es hier](#)

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN laden ein

„Revision des Kinderbildungsgesetzes – Es wird konkret!

Vorstellung und Diskussion des ersten Gesetzesentwurfes“

Diskussionsabend: mit Andrea Asch als Referentin - Kinder- und Familienpolitische Sprecherin im Landtag, VertreterIn des örtlichen Jugendamtes, des Kita-Trägers, der Kita-Beschäftigten und ElternvertreterIn.

Am Montag, den 23. Mai - 18:00 h in der Rohrmeisterei - Halle 2

Gute Bildung für Kinder von Anfang an, eine auskömmliche Finanzierung der Kitas, weniger Bürokratie, neue Zukunftschancen für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger und Beitragsfreiheit für Bildung – mit diesen Forderungen und Versprechen sind wir im Mai letzten Jahres zur Landtagswahl angetreten. Einer der ersten Beschlüsse der rot-grünen Koalition war die umfassende Revision des Kinderbildungsgesetzes „KiBiz“. Die Situation in den Kindertageseinrichtungen hatte sich seit Start des KiBiz derart verschlechtert, dass schnell gehandelt werden musste. Mit dem Kabinettschluss vom 05. April 2011 liegt der Entwurf für das „1. KiBiz-Änderungsgesetz“ nun vor. Andrea Asch, kinder- und familienpolitische Sprecherin der NRW Landtagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen wird an diesem Abend die rot-grünen Pläne für das KiBiz-Änderungsgesetz vorstellen und gemeinsam mit Ihnen/Euch diskutieren. Es ist die erste Stufe der Kibiz-Revision, in der es Verbesserungen in einer Vielzahl von Bereichen geben wird.

Hallo ihr Lieben,

für die Demo am Ostermontag, den 25. April 2011 in Gronau habe ich einen Bus bestellt.

Er fährt um

11:30 h ab Busbahnhof Schwerte

11.55 h ab Busbahnhof Unna und um

12.20 h ab Werne

Rückfahrt gegen 18:00 h

Einzelticket: 15 Euro

Schüler, Erwerbslose, Studenten: 5 Euro

Familienkarte: 30 Euro

Der Bus ist schon halb voll – deshalb unbedingt so schnell wie möglich bei mir melden (evtl. müssten wir einen zweiten besorgen?!):

monika.rosenthal@googlemail.com

Tel.: 02303 – 145 11
oder 02303 – 25 74 98
Oder bei facebook...

Falls ihr noch GRÜNE Demokleidung braucht – dann schaut doch mal im e-shop nach – es gibt jetzt auch grüne Regenbekleidung!!!

Liebe grüne Grüße
Monika Rosenthal

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN laden ein:

**„Revision des Kinderbildungsgesetzes – Es wird konkret!
Vorstellung und Diskussion des ersten Gesetzesentwurfes“**

Diskussionsabend: mit Andrea Asch als Referentin - Kinder- und Familienpolitische Sprecherin im Landtag, VertreterIn des örtlichen Jugendamtes, des Kita-Trägers, der Kita-Beschäftigten und ElternvertreterIn.

Am Montag, den 23. Mai - 18:00 h in der Rohrmeisterei - Halle 2

Gute Bildung für Kinder von Anfang an, eine auskömmliche Finanzierung der Kitas, weniger Bürokratie, neue Zukunftschancen für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger und Beitragsfreiheit für Bildung – mit diesen Forderungen und Versprechen sind wir im Mai letzten Jahres zur Landtagswahl angetreten. Einer der ersten Beschlüsse der rot-grünen Koalition war die umfassende Revision des Kinderbildungsgesetzes „KiBiz“. Die Situation in den Kindertageseinrichtungen hatte sich seit Start des KiBiz derart verschlechtert, dass schnell gehandelt werden musste. Mit dem Kabinettsbeschluss vom 05. April 2011 liegt der Entwurf für das „1. KiBiz-Änderungsgesetz“ nun vor. Andrea Asch, kinder- und familienpolitische Sprecherin der NRW Landtagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen wird an diesem Abend die rot-grünen Pläne für das KiBiz-Änderungsgesetz vorstellen und gemeinsam mit Ihnen/Euch diskutieren. Es ist die erste Stufe der Kibiz-Revision, in der es Verbesserungen in einer Vielzahl von Bereichen geben wird.

Fraktionsanfrage für den Jugendhilfe- und Sozialausschuss am 18.05.2011

Sehr geehrter Herr Böckelühr,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen in der nächsten Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses:

Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht offensichtlich nicht die Familien in Schwerte, die einen Anspruch haben. Auch wenn die Verteilung zu den Aufgaben des Kreises Unna gehört, halten wir es für wichtig, die BürgerInnen vor Ort in Schwerte gut zu informieren. Familien, die auf Leistungen nach Hartz IV angewiesen, können es sich in der Regel nicht leisten, eine Tageszeitung zu abonnieren oder einen Internetanschluss zu finanzieren. Es entsteht schnell das Bild, dass sie nicht wirklich interessiert sind, Leistungen in Anspruch zu nehmen, die nicht direkt ausgezahlt werden. Dies halten wir für diskriminierend, sind doch die Zugangswege für viele nicht transparent.

Daher fragen wir an:

Was tut die Stadt Schwerte, um ihre Familien vor Ort zu informieren, wie sie Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten können?

Wie klärt die Stadt Schwerte auf, wie wichtig Bildung und Teilhabe am öffentlichen Leben für die Zukunft der Kinder ist?

Welche Angebote können beispielhaft in Schwerte wahrgenommen werden?

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer

Fraktionsgeschäftsführer

Presseartikel

Grüne legen Fahrplan zum schnellen Ausstieg aus der Atomkraft vor

Die Grünen im Bundestag haben einen Fahrplan zum schnellen Ausstieg aus der Atomkraft vorlegt. Danach sollen die sieben ältesten Anlagen und der Pannenreaktor Krümmel sofort und für immer stillgelegt werden. Die verbliebenen neun Atomkraftwerke werden nach dem Plan der Grünen einer kompletten Sicherheitsüberprüfung nach dem neuen kerntechnischen Regelwerk unterzogen und dann ertüchtigt oder stillgelegt. Die Grünen wollen spätestens 2017 das letzte Atomkraftwerk abschalten. Parallel sollen die Erneuerbaren Energien und die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) schneller als bisher geplant ausgebaut werden. Dazu legen die Grünen ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, um den Atomstrom zu ersetzen.

Hierzu erklärt Monika Rosenthal von den Grünen Schwerte: „Aus der Reaktorkatastrophe in Fukushima müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Ein solche Katastrophe ist auch in Deutschland vorstellbar, den letztlich war es der Ausfall der Stromversorgung und damit der Kühlung, die zu der Katastrophe geführt hat. Dazu braucht es kein Erdbeben oder einen Tsunami, das kann auch zum Beispiel durch ein Flugzeugabsturz passieren.

Im Gegensatz zur Bundesregierung handeln die Grünen und legen einen konkreten Fahrplan vor wie wir schnellstmöglich aus der Atomkraft herauskommen. Die Altreaktoren, die überhaupt keinen Schutz gegen Flugzeugabstürze besitzen, müssen sofort vom Netz. Ein dreimonatiges Moratorium wie von der Bundesregierung verkündet ist ein reines Placebo, für das die Steuerzahler den Betreiber am Ende auch noch Entschädigung zahlen müssen.

Ein schneller Atomausstieg ist möglich, ohne dass das Licht ausgeht. Deutschland ist Stromexportland und wir haben genügend andere Kraftwerkskapazitäten, die die alten AKW's ersetzen können. Parallel muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) beschleunigt werden. Dies beteuert zwar auch die schwarz-gelbe Bundesregierung, doch schaut man auf ihr konkretes Handeln geht es in eine völlig andere Richtung.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als wichtiges Förderinstrument wird in Frage gestellt. Besonders schlimm erging es unter Union und FDP der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung. Nach einer monatelangen Hängepartie wurde das Impulsprogramm zur Förderung von Mini-KWK-Anlagen im März 2010 eingestellt. Auch im Energiekonzept spielt die Kraft-Wärme-Kopplung überhaupt keine Rolle mehr. Ebenfalls wehrt sich die Bundesregierung bis heute gegen die Einführung eines Energieeffizienzfonds. Das Marktanzreizprogramm zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (MAP) hat die Bundesregierung von über 500 Mio. Euro in 2009 auf 380 Mio. Euro in 2011 gekürzt. In 2012 soll es auf 350 Mio. Euro noch weiter zusammen gestrichen werden. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wurde von 2009 bis 2011 gar von 2 Mrd. Euro auf nur noch 437 Mio. Euro zusammengestrichen. Nach dem Stand der Haushaltsplanung der Bundesregierung für 2012 soll es nun ganz eingestellt werden.

Das zeigt: Allem Reden zu Trotz will die Bundesregierung kein Ende der Atomkraft und keinen Einstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Es geht ihr lediglich darum, dass schädliche Geschäftsmodell der vier Energiekonzerne auf Basis von Atom und Kohle abzusichern. Wir Grünen in Schwerte werden nicht auf die Bundesregierung warten – wir werden uns in naher Zukunft mit unseren Stadtwerken zusammensetzen und über konkrete Projekte in Schwerte diskutieren.

Mit grünen Grüßen

Monika Rosenthal

(Tel.: 02303 - 145 11 z Zeit)

ATOMKRAFT? NEIN DANKE!

MAHNWACHE

Jeden Montag, ab den 14.03., 17:45 h in der Fußgängerzone vor "Ihr Platz".

Mit großer Bestürzung und Trauer verfolgen sicher wir alle die schrecklichen Nachrichten aus Japan. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen und Freunden, den Verletzten und allen anderen Geschädigten.

Die dramatischen Ereignisse führen uns allen aber auch wieder einmal schmerzhaft vor Augen: Atomkraft ist nicht beherrschbar und nicht verantwortbar. Aus dem vermeintlich verschwindend geringen sog. "Restrisiko" ist schon viel zu oft der reale Ernstfall geworden mit tödlichen Folgen für Menschen und Natur.

Die Bundesregierung will nun vor dem Eindruck der Katastrophe die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke neu überprüfen lassen. Das reicht nicht! Es müssen nun schnell tatsächliche Konsequenzen gezogen werden und kurzfristig Reaktoren stillgelegt werden, sofort mindestens die unsichersten. Jetzt haben wir die Chance, dies auch durchzusetzen!

Um unser Mitgefühl für die Menschen in Japan zu zeigen und auch um der berechtigten Forderung nach dem schnellen Ausstieg Nachdruck zu verleihen, finden ab Montag, den 14.03., ab 17:45 h eine Mahnwache in der Fußgängerzone vor "Ihr Platz" statt.

Bitte bringt Kerzen mit!!!!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Für die Beratung im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt

Anlage von Blühstreifen in Schwerte

Sehr geehrter Herr Klüh,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt zu setzen, zu beraten und zu beschließen.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete öffentliche Flächen auszuwählen, um darauf im Frühjahr Blühstreifen durch Wildblumensaat anzulegen.

Begründung:

Insekten wie Bienen, Schmetterlinge, Käfer u.s.w, die Blüten aufsuchen, haben eine große Bedeutung für die Funktionsweise des Ökosystems.

Dabei wird die Bedeutung der Bestäubung durch Bienen auch dadurch bestätigt, dass fast 80 % der heimischen Blütenpflanzen auf eine Bestäubung durch Insekten angewiesen, um Samen bzw. Früchte zu produzieren. Im Obstbau erfolgt ca. 90 % der Bestäubung durch Bienen und andere Insekten. Der geschätzte volkswirtschaftliche Wert der Bestäubungsleistung durch Bienen liegt allein in Deutschland bei ca. 2,5 Milliarden Euro.

In den letzten Jahren ist es zu einem massiven Bienensterben gekommen, sodass dies nicht nur die Artenvielfalt innerhalb des ökologischen Systems, sondern auch die existentiellen Nahrungsgrundlagen der Menschen bedroht. So starben beispielsweise im Winter 2002 ca. 30 % der Bienenvölker in Deutschland, was auf eine Zunahme von Krankheiten bzw. Parasiten bei Bienen durch das Fehlen einer ausreichenden Nahrungsgrundlage über die gesamte Vegetationszeit zurückzuführen ist.

Das Netzwerk "Blühende Landschaft" wurde 2003 gegründet und macht auf die dramatische Lage von blütenbesuchenden Insekten aufmerksam. Laut Aussage des Netzwerks „Blühende Landschaft“ können neben vielen anderen auch Politiker und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen einen großen Beitrag im Kampf gegen das Bienensterben leisten.

Öffentliche Flächen wie Straßenränder, "Straßenbegleitgrün", Verkehrsinseln, Parks, Friedhöfe, Ausgleichsflächen und viele andere bieten ein riesiges Potential für Blüten besuchende Insekten, das aber leider meist nicht oder kaum genutzt wird. Straßenränder werden mit Mulchgeräten kaputt gemacht, in Parks wird vielerorts Golfgras gepflegt und Ausgleichsflächen werden oft nicht mit Insekten fördernden Pflanzen angelegt. Stattdessen würde die Anlage von Blühstreifen durch eine Wildblumensaat-Mischung dem Artensterben gezielt entgegen wirken.

Die Blühstreifen wirken nicht nur optisch-ästhetisch und als Lebensraum und Nahrungsgrundlage für Insekten, sondern stellen darüber hinaus eine wichtige mikroklimatische Funktion als CO₂-Senke dar. Außerdem stellen Blühstreifen des Weiteren eine kostensenkende, pflegeextensive Möglichkeit dar, im öffentlichen Raum Ökologie, Klimaschutz und Blütenschmuck zu verbinden.

Ziel muss es sein, als Stadt mit gutem Vorbild voran zu gehen, um dann auch durch gute Öffentlichkeitsarbeit Imker, Landwirte und Bürger für die Anlage von Blühstreifen zu gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen,
Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer